

# „Es gibt quasi keinen Leerstand“

## Rund 100 freie Unterkünfte werden gebraucht und können nicht zu Sozialwohnungen werden

Von unserem Redaktionsmitglied  
Andreas Bühler

**Baden-Baden.** „In Baden-Baden gibt es zu wenig Flüchtlingsunterkünfte, um daraus sozialen Wohnraum zu machen. Wir sind bei den Planungen und der Auslastung der Unterkünfte gut unterwegs und wir verbrennen kein Geld“, nahm Bürgermeister Michael Geggus im Hauptausschuss Stellung zu angeblichen leerstehenden oder im Bau befindlichen Flüchtlingsunterkünften, welche eventuell in Sozialwohnungen umgewandelt werden könnten.

Geggus musste sich eindringlichen Fragen der Stadträte stellen. Bislang hatte die Verwaltung eine Verwendung für Sozialwohnungen kategorisch abgelehnt, weil sie davon ausgegangen ist, dass ohne Erstbezug durch Flüchtlinge die vom Land gewährten Zuschüsse zurückgezahlt werden müssten. Das stimmt nach Angaben der Landtagsabgeordneten Thomas Wald (CDU) und Beate Böhlen (Grüne) nicht. Böhlen zufolge ist dieser Sachverhalt bereits unter der vorigen Landesregierung geändert worden, wonach aus Gründen der Flexibilität bei der Planung von Flüchtlings-

unterkünften die Zuschüsse im Fall einer Umwandlung nicht zurückgezahlt werden müssten. Darüber habe sie die Stadt-Baugesellschaft GSE informiert. „Für uns ist der Ansprechpartner in dieser Sache die Landesbank, da diese die Gelder bewilligt. Und dort hat man uns gesagt, dass die Zuschüsse zurückgezahlt werden müssen“, erklärte Michael Geggus. „Ist Ihnen denn nie in den Sinn gekommen, Herrn Wald oder mich danach zu fragen?“, warf Beate Böhlen dem Bürgermeister vor.

Es gebe quasi keinen Leerstand, beharrte Geggus, räumte jedoch ein, dass

es faktisch insgesamt mehr als 100 Plätze in den beiden zurzeit leerstehenden Wohnblöcken Im Rollfeld 25 in Oos-West, die jedoch für Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung vorgesehen sind, und in Gebäuden Im Rollfeld 1 rund 50 freie Plätze die für die Erstunterkunft frei seien. „Wir brauchen auf jeden Fall Spielraum und können nicht einfach in Sozialwohnungen umwandeln“, führte er weiter aus. Die Reihenhäuser in der Sandweierer Rheinalstraße werden nach Angaben des Bürgermeisters im Sommer mit Flüchtlingen belegt. „Wir bekommen durch die Aufgabe der Unterkünfte im Vincentiushaus zum 31. März und im Hotel Abarin zum 30. April deutliche Wanderungsbewegungen“, erklärte Geggus. Freie Kapazitäten etwa am Waldseeplatz seien rechtlich nicht für eine Anschlussunterbringung geeignet. Und die Räume im Heitzenacker eigneten sich wegen der

### Zuschüsse müssen nicht zurückgezahlt werden

Ferne zu Schulen, Kindergärten und Versorgung ebenfalls nicht. „Dort wäre eine Integration schier unmöglich“, bilanzierte Geggus. Die Frage der Umwandlung in Sozialwohnungen stelle sich im Augenblick nicht, weil die Flächen für die Unterkunft der Flüchtlinge benötigt würden.

Derzeit werden rund 1 000 Flüchtlinge in der Kurstadt betreut, bis zum Sommer rechnet Geggus mit bis zu 120 Zugängen. Es sei wichtig, einen Vorrat zu haben. „Wir müssen zudem möglicherweise über Nacht mit Familiennachzug rechnen. Und auch diese Menschen müssen wir dann adäquat unterbringen.“ Angesichts der veränderten Situation stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Schöpflin den Antrag, das Thema noch einmal im Sozialausschuss und im Gemeinderat zu behandeln.

Werner Loehle (CDU) forderte eine Darstellung der Ist-Darstellung der Unterbringung und eine komplette Liste der Gebäude. ■ Kommentar



IN DER AUMATTSTRASSE baut die städtische Baugesellschaft GSE zwei Wohnblöcke, die kurz vor dem Erstbezug stehen. Dort sollen Anfang März Flüchtlinge untergebracht werden. Foto: Rudolphi